

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 27. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag 22.05.02	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 10.45 Uhr	Sitzungsort Rembertiring
--------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	------------------------------------

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 18.04.02
- TOP 3 Verschiedenes
- TOP 4 Novellierung der Ordnung der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt Vorlage L 134
- TOP 5 Einstellungstermine in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen Vorlage L 136
hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Auswahl- und Vergabeverfahren zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen
- TOP 6 Zeugnisvermerke über Fehlzeiten Vorlage L 137
- TOP 7 Präsenztage - Verbindliche Arbeitstage für Lehrerinnen und Lehrer Vorlage L 138
hier: Verordnung über die Festlegung und Zweckbestimmung verbindlicher Arbeitstage in den Ferien wird nachgereicht

Senator Lemke begrüßt als neues Deputationsmitglied der CDU Herr Brackmann und alle anderen Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 18.04.02

Das Protokoll vom 18.04.02 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage von Frau Hövelmann über **die Ausbildung an der Universität in den Fächern ökonomische Bildung / Arbeitslehre** wurde verteilt. Frau Hövelmann kritisiert die Antwort, da sie zu oberflächlich sei. Sie bittet darum, die Antwort nochmals ausführlicher nachzuarbeiten und das Thema nachdrücklich weiter zu verfolgen. Herr Mützelburg schlägt vor, das Thema auf der gemeinsamen Sitzung am 14.06.02 mit der Wissenschaftsdeputation auf die Tagesordnung zu setzen und dort ausführlich zu behandeln. Frau Jamnig-Stellmach fragt, wann der Schwerpunkt Ökonomische Bildung in der Universität eingerichtet werde. Staatsrat Köttgen sagt zu, das Thema auf die Tages-

ordnung der gemeinsamen Sitzung mit der Wissenschaftsdeputation zu setzen.

2. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Bürger zu den **ausgeschriebenen Stellen der ITB-Gruppen am LIS** wurde verschickt.
3. Die Antwort auf die Anfrage von Frau Wangenheim zum Thema **fremdsprachlicher Unterricht in Bremerhaven** wurde verschickt.
4. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Rohmeyer **zur Resonanz auf das Bundesweherschreiben „Unser Heer“** wurde verschickt.
5. Senator Lemke berichtet über seine Teilnahme an der Finnlandreise der Bundesministerin Bulmahn und seine Eindrücke über das finnische Schulsystem. Die dort gesammelten positiven Eindrücke habe ihn bewogen, der Deputation vorzuschlagen, als Ziel der für den November geplante **Deputationsreise** nicht Belgien sondern Finnland zu wählen und auch Vertreter der Eltern und Schüler an der Reise zu beteiligen. Frau Hövelmann und Herr Mützelburg stimmen dem Vorschlag zu, Herr Glintenkamp regt außerdem an, auch eine Kindertageneinrichtung in das Besuchsprogramm einzubeziehen.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung stimmt zu, als Ziel der Deputationsreise im November Finnland zu wählen.

TOP 4 Novellierung der Ordnung der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt Vorlage L 134

Herr Fries spricht sich dafür aus, die Möglichkeit der Gruppenarbeit im Staatsexamen beizubehalten. Herr Dr. Laudenbach erläutert, dass in den letzten 15 Jahren keine Gruppenarbeiten mehr geschrieben wurden. Herr Mützelburg ist darüber erstaunt, da doch gerade Teamarbeit gefördert werden solle. Staatsrat Köttgen weist auf die Erfahrungen mit Gruppenarbeiten beim Staatsexamen hin. Teamfähigkeit zu entwickeln sei ein wichtiges Studienziel, es sei aber nicht zwingend, dies durch eine Gruppenarbeit im Examen zu praktizieren.

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Entwurf der Prüfungsordnung für die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen zur Kenntnis.

Sie stimmt dem vorgesehenen Verfahren zu.

TOP 5 Einstellungstermine in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen Vorlage L 136
hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Auswahl- und Vergabeverfahren zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen

Beschluss:

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf der als Anlage beigefügten Änderungsverordnung zu.

TOP 6 Zeugnisvermerke über Fehlzeiten Vorlage L 137

Senator Lemke verweist auf die verteilte Austauschseite 3 und die Stellungnahmen von GSV und ZEB.

Frau Hövelmann bittet den ZEB um eine Erläuterung seiner ablehnenden Haltung. Frau Dargel (ZEB) antwortet, da der in dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht die Lösung der vorhandenen Probleme sehe. Herr Fries kritisiert die Zielrichtung der Vorlage und fragt, was § 4(3)1 mit Fehlzeiten zu tun habe. Herr Henschen erklärt, dass es sich nur um eine Ergänzung zum „Vermerk über Fehlzeiten“ handele damit auch Erläuterungen zu Fehlzeiten gegeben werden können. Frau Voigt (GSV) kritisiert, dass das Votum von Eltern und Schülern ignoriert worden

sei. Sie fordert, entschuldigtes Fehlen nicht zu vermerken und Fehlzeiten in den Zeugnissen der 9. und 10. Klasse herauszunehmen, da diese Zeugnisse oft schon für Bewerbungen verwendet würden. Herr Lückert erklärt, dass die Übernahme der Vorschläge der GSV den Sinn der Regelungen völlig unterlaufen würden. Senator Lemke erläutert, dass diese Maßnahme eine unter einem ganzen Bündel von Maßnahmen und zusätzlichen Angeboten sei, um Schulvermeidung zu verhindern. Mit den Zeugnisvermerken solle die bisherige Beliebigkeit im Umgang mit Schulvermeidung beendet werden.

Beschluss: (gegen die Stimme von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)

Die Deputation stimmt der in der Anlage vorgeschlagenen Änderung der Verordnung für Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte sowie dem vorgeschlagenen Modus der Einführung zu.

TOP 7 Präsenztage - Verbindliche Arbeitstage für Lehrerinnen und Vorlage L 138
Lehrer
hier: Verordnung über die Festlegung und Zweckbestimmung
verbindlicher Arbeitstage in den Ferien

Herr Rohmeyer begrüßt die Vorlage, weil damit ein notwendiger Schritt zur Absicherung des Unterrichts und Schulbetriebs gemacht werde. Senator Lemke bedauert, dass die gesetzliche Regelung notwendig sei und die bisherigen auf schulinternen Absprachen verweisenden Regelungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben. Finnland zeige, dass es auch anders gehe. Herr Mützelburg kritisiert, dass der eingeschlagene Weg viel zu kurz greife und fordert eine grundlegende Neufassung des Lehrerarbeitszeitkonzeptes. Herr Becker (PR/Schulen Bremen) erklärt, dass eine Gesetzesänderung überflüssig sei, damit werde die Wirklichkeit nicht erfasst. Die Schulen sollten selbst regeln, wie und wann sie die Schuljahresvorbereitung, Fachkonferenzen und Fortbildung organisieren. Senator Lemke erklärt, wenn die Ergebnisse unserer Schulen im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich besser wären, gäbe es nichts zu regeln. Die Rückmeldungen, die er von Schulleitungen erhalten habe, habe ihm einen Regelungsbedarf signalisiert. Frau Möhle (PR/Schulen Bremerhaven) kritisiert, dass es bisher nur Verhandlungen mit dem PR/Schulen Bremen gegeben habe. In Bremerhaven sprechen sich bis auf einen Schulleiter alle gegen die Präsenztage aus, da es in Bremerhaven keine Probleme mit dem Schulanfang gebe.

Beschluss: (Gegen die Stimme von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt der Verordnung über die Festlegung und Zweckbestimmung verbindlicher Arbeitstage in den Ferien zu.